Schleswig-Holsteinischer Landtag
Stenographischer Dienst und Ausschusssdienst

N i e d e r s c h r i f t

Umwelt- und Agrarausschuss

17. WP - 7. Sitzung

am Mittwoch, dem 17. Februar 2010, 14 Uhr
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

Anwesende Abgeordnete

Klaus Klinckhamer (CDU)

Vorsitzender

Dr. Michael von Abercron (CDU)

Hauke Göttisch (CDU)

Heiner Rickers (CDU)

Herlich Marie Todsen-Reese (CDU)

Detlef Buder (SPD)

Lothar Hay (SPD)

Sandra Redmann (SPD)

Carsten-Peter Brodersen (FDP)

Günther Hildebrand (FDP)

Marlies Fritzen (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ranka Prante (DIE LINKE)

Flemming Meyer (SSW)

Weitere Abgeordnete

Bernd Voß (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

Tagesordnung:	Seite
1. Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Natur (Landesnaturenschutzgesetz - LNatSchG)	4
Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP Drucksache 17/108	
2. Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Freie Hansestadt Bremen und Freie und Hansestadt Hamburg über die Errichtung einer Übertragungsstelle für Milchquoten	8
Gesetzentwurf der Landesregierung Drucksache 17/190	
3. Entwurf eines Gesetzes zum Tierschutz-Verbandsklagerecht	9
Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Drucksache 17/64	
4. Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) in Schleswig-Holstein vollständig erhalten	13
Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 17/128	
Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE Drucksache 17/216	
5. Bericht der Landesregierung über die Grundwasserentnahmeabgabe (GruWAG)	14
Bericht der Landesregierung Drucksache 17/172	
6. Verschiedenes	15

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, eröffnet die Sitzung um 14:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest.

Auf Antrag des Abg. Dr. von Abercron setzt der Ausschuss den Gesetzentwurf der Landesregierung zur Änderung des **Umweltinformationsgesetzes** für das Land Schleswig-Holstein, Drucksache 17/171, sowie den dazugehörigen Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE, Drucksache 17/215, von der Tagesordnung ab.

Abg. Hildebrand beantragt, Anträge zum Thema **Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) in Schleswig-Holstein vollständig erhalten**, Drucksachen 17/128 und 17/216, von der Tagesordnung abzusetzen. Nach einer kurzen Diskussion über die weitere Vorgehensweise und einer Sitzungsunterbrechung zieht Abg. Hildebrand seinen Antrag zurück; Einvernehmen besteht, im Rahmen dieser Sitzung Verfahrensfragen zu erörtern.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zum Schutz der Natur
(Landesnaturenschutzgesetz - LNatSchG)**

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU und FDP
Drucksache 17/108

(überwiesen am 16. Dezember 2009 an den Umwelt- und Agrarausschuss)

hierzu: Umdrucke 17/103, 17/104, 17/105, 17/127, 17/165, 17/172, 17/173,
17/200, 17/204, 17/208, 17/209, 17/210, 17/211, 17/214,
17/215, 17/216, 17/217, 17/220, 17/221, 17/222, 17/223,
17/224, 17/227, 17/228, 17/229, 17/231, 17/232, 17/233,
17/235 (neu), 17/236, 17/259, 17/284, 17/357, 17/377,
17/386

Abg. Redmann und Abg. Fritzen bringen für die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN die aus Umdruck 17/357 ersichtlichen Änderungsanträge ein.

Abg. Dr. von Abercron bringt für die Koalitionsfraktionen die aus Umdruck 17/377 ersichtlichen Änderungsanträge ein. In diesem Zusammenhang benennt er einige Schwerpunkte in diesen Änderungsanträgen:

- Die roten Listen sollten beibehalten werden.
- Bevor landwirtschaftliche Flächen für Ausgleichs- und Ersatzmaßnahmen genutzt würden, sollten zunächst andere Flächen überprüft werden.
- Bezüglich der Gehölzpflege sollten andere als im Bundesgesetz definierte Zeiträume definiert werden.
- Die Bestimmungen zum Horstschutz dienen dazu sicherzustellen, dass bestimmte Arten bei der Brut nicht gefährdet würden.
- Die Einrichtung der Naturschutzbeauftragten bei den unteren Naturschutzbehörden solle als Kann-Bestimmung formuliert werden.

Er schließt seine Erläuterung mit dem Hinweis darauf, dass die meisten anderen Regelungen redaktioneller Art seien.

Der Vorsitzende weist in diesem Zusammenhang auch auf die aus Umdruck 17/386 ersichtlichen Folge- und redaktionellen Änderungen.

Abg. Redmann merkt kritisch an, die Änderungsanträge der Koalitionsfraktionen bedeuteten einen Rückschritt für die Natur. Sie hätte sich angesichts der Anhörungsbeiträge weitergehende Änderungen gewünscht.

Bezüglich der Gehölzpflege stellt sie die Frage, ob es möglich sei, von dem im Bundesgesetz als abweichungsfest definierten Regelungstatbestand abzuweichen.

Abg. Dr. von Abercron legt dar, dazu werde es sicherlich unterschiedliche Rechtsauskünfte geben. Es gebe Hinweis darauf, dass der Knickschutz eher zufällig unter den Bereich des Artenschutzes gefallen sei. Er weist ferner darauf hin, dass die klimatischen Verhältnisse in der Bundesrepublik unterschiedlich seien, und zwar bis zu vier Wochen. In Schleswig-Holstein habe es mit dem bisherigen Zeitraum für die Gehölzpflege keine Probleme gegeben; auch die Umweltverbände hätten hier keine Probleme gesehen. Er wolle allerdings nicht ausschließen, dass es möglicherweise eine andere Rechtsauffassung gebe.

St Rabijs meint, es gebe durchaus abweichende Meinungen zu der Frage, ob die Regelung des Bundesnaturschutzgesetzes abweichungsfest sei. Man könne Zweifel daran haben. Er könne die Argumentation der Regierungsfractionen durchaus nachvollziehen. Im Übrigen sei

die hier diskutierte Regelung nicht im Bereich des Artenschutzes, sondern im Bereich des Pflanzenschutzes definiert. Fachlich sei durchaus nachvollziehbar, dass in Schleswig-Holstein ein vom Bundesgebiet abweichender Zeitraum gewählt werde.

Abg. Prante regt an, in § 26 ein generelles Verbot zum Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen aufzunehmen. So sollte dort ein generelles Anbauverbot von gentechnisch veränderten Pflanzen in Schutzgebieten aufgenommen werden. Außerdem sollten Abstandsregeln wie folgt definiert werden: 150 m von gentechnisch veränderten Pflanzen zu gentechnisch nicht veränderten Pflanzen beziehungsweise 300 m Abstand zu ökologisch angebauten Pflanzen. - Sie kündigt an, einen entsprechend formulierten Antrag zur zweiten Lesung einzubringen.

Abg. Fritzen geht auf drei Punkte der Änderungsanträge der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ein. Sie bezieht sich erstens auf die beantragte Streichung der Eigentumsklausel in § 1. Diese Regelung halte sie im Naturschutzgesetz nicht für erforderlich. Der besondere Wert des Eigentums sei bereits im Grundgesetz und sei auch im BGB hinreichend geregelt.

Zweitens geht sie auf die Vorschläge zu § 3 ein. Damit sollten Eckpunkte zur guten fachlichen Praxis definiert werden.

Drittens plädiert sie für die Einführung des Vorkaufsrechts. Dadurch werde eine bessere Möglichkeit gegeben, Naturschutzstandorte zu schaffen beziehungsweise auszuweisen.

Abg. Hildebrand trägt vor, dass die Koalitionsfraktionen die Ergebnisse der Anhörung, auch die von den Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN vorgeschlagenen Änderungen, intensiv diskutiert hätten, aber zu dem Ergebnis gekommen seien, diese nicht in das Gesetz aufzunehmen.

Der Ausschuss fasste dann folgende Beschlüsse:

Der Änderungsantrag der Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Umdruck 17/357, wird mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD; BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW abgelehnt.

Die Änderungsanträge der Fraktionen von CDU und FDP, Umdruck 17/377, werden mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW angenommen.

Die aus Umdruck 17/386 ersichtlichen Änderungsanträge werden mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW angenommen.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW die Annahme des Gesetzentwurfs in der vom Ausschuss geänderten Fassung.

Punkt 2 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zum Staatsvertrag zwischen den Ländern Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Freie Hansestadt Bremen und Freie und Hansestadt Hamburg über die Errichtung einer Übertragungsstelle für Milchquoten

Gesetzentwurf der Landesregierung
Drucksache 17/190

(überwiesen am 29. Januar 2010 an den Umwelt- und Agrarausschuss)

Abg. Voß möchte wissen, ob ein neuer Staatsvertrag notwendig sei, wenn die Quoten für die neuen Bundesländer und die westlichen Bundesländer zusammengeführt würden. Außerdem fragt er wiederholt nach dem Grund für die Festlegung einer linearen Verteilung der Milchquoten, und zwar im Staatsvertrag selbst.

St Rabijs legt dar, der Staatsvertrag sei so formuliert, dass bei einer Zusammenführung der Quoten der Bundesländer aus den verschiedenen Bereichen keine Neuformulierung notwendig werde.

Sodann erläutert er mehrmals, dass die Landesregierung die bisherige lineare Verteilung für den richtigen Weg halte. Aus Gründen der Verwaltungsökonomie sei dies im Vertrag selbst festgehalten. Auch die anderen Vertragsteilnehmer teilten diese Auffassung.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag einstimmig die unveränderte Annahme des Gesetzentwurfs.

Punkt 3 der Tagesordnung:

Entwurf eines Gesetzes zum Tierschutz-Verbandsklagerecht

Gesetzentwurf der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Drucksache 17/64

(überwiesen am 16. Dezember 2009 an den Umwelt- und Agrarausschuss und den Innen- und Rechtsausschuss)

Abg. Matthiessen begründet den Gesetzentwurf wie folgt: Nachdem der Tierschutz nunmehr Verfassungsrang habe, sei es geboten, diesen in weitere gesetzliche Regelwerke aufzunehmen. Die wesentlichen Argumente dagegen seien bisher die Furcht vor Blockade und Überreglementierung gewesen.

Derzeit bestehe die missliche Situation, dass das Tier Träger von Rechten sei, der Besitzer an der Sache Tier aber häufig ein dem Tierinteresse entgegengesetztes Interesse habe, Tierschutzverbände bei Einführung des Tierschutz-Verbandsklagerechtes aber in der Lage wären, deren Rechte wahrzunehmen und zu klagen. Er gibt zu bedenken, dass es auch in anderen Bereichen gesetzliche Bestimmung gebe, die beim Vollzug nicht unbedingt sofort zu Probleme oder gehäuften Klagen führten.

Dass das Einschalten der Behörde beziehungsweise auch des Tierarztes nicht immer zum gewünschten Ergebnis führe, zeige beispielsweise die skandalöse Situation in Lübecker Zoo, wo Affen in abgedunkelten Räumen gehalten worden seien. Dieser Zustand sei von den Vollzugsbehörden nicht abgestellt worden.

Im Bereich des Tierschutzes könnte ein großer Schritt vorwärts gemacht werden, und es könnte ein bundesweites Signal gesetzt werden, wenn Schleswig-Holstein ein Tierschutz-Verbandsklagerecht einführe. Ein Mehr an Bürokratie könne er nicht erkennen. Das zeige die Praxis in verwandten Bereichen des Naturschutzrechtes. Vor diesem Hintergrund bittet er um Zustimmung zu dem Gesetzentwurf.

Abg. Redmann weist darauf hin, nunmehr sei klar, dass Schleswig-Holstein über das Recht verfüge, eine entsprechende Regelung zu erlassen. Diese Frage sei in der Vergangenheit strittig gewesen.

Abg. Rickers begründet die ablehnende Haltung der CDU-Fraktion zu dem vorliegenden Gesetzentwurf. Er legt dar, es gehe vorwiegend um den Agrarstandort Schleswig-Holstein und den Standort, der Tiere als Nutztiere halte. Bereits jetzt sei der Trend zu beobachten, dass sich Betriebe dorthin verlagerten, wo es geringere Auflagen gebe. Vor diesem Hintergrund bestehe die Befürchtung, dass sich weitere tierhaltende Betriebe auch in diese Bereiche verlagerten. Für sinnvoller halte er Maßnahmen zur Angleichung von Standards. Im Übrigen gibt er einen positiven Eindruck vom Vollzug beim Einhalten von Tierschutzrechten wieder.

Abg. Matthiessen argumentiert dahin, dass, wenn sowohl der Vollzug gut arbeite als auch die Landwirtschaft sich gesetzeskonform verhalte, Befürchtungen bei der Einführung eines Tierschutz-Verbandsklagerechtes unbegründet seien. Nach seiner Ansicht brauche der professionelle Bereich dieses Gesetz nicht zu fürchten.

Abg. Redmann führt aus, sie könne die Sorge verstehen. Die vorgeschlagenen Vorschriften seien neu und unbekannt. Es gebe allerdings bereits Erfahrungen in anderen Bundesländern. Dort sei es nicht so, dass sehr viele Klagen eingereicht würden. Ziel des Gesetzes sei auch nicht, Unternehmen zu behindern, sondern Missstände zu verhindern. Maßstab auch des politischen Handelns sollte sein, was man für richtig halte, nicht die Maßstäbe in anderen Ländern.

Abg. Rickers gibt zu bedenken, dass die Konzentration auch im Bereich der Tierproduktion zunehmen werde. So komme bereits heute die Masse der in Deutschland verzehrten Eier aus dem Ausland. Die Gewinnspannen bei der Tierhaltung seien so gering, dass man alles tun müsse, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Werde eine aus wirtschaftlichen Gründen notwendige Konzentration nicht durchgeführt, mache man gegebenenfalls ideologisch etwas Gutes; das führe aber dazu, dass sich die Tierhaltung in andere Länder verlagere. Das habe zur Folge, dass es in Schleswig-Holstein keine Wertschöpfung gebe und die Tierhaltung dorthin verlagert werde, wo es schlechtere Bedingungen für Tiere gebe als hier.

Abg. Dr. von Abercron gibt zu bedenken, dass die Sorge von Landwirten, Tierschutzverbände könnten Klage einreichen, in einem Agrarland sicherlich anders zu bewerten sei als in einem Stadtstaat. Zu Fragen sei auch, ob die Einführung eines Verbandsklagerechtes angesichts des Standards, den es in der Bundesrepublik bereits jetzt gebe, das Wohl der Tiere tatsächlich verbessere.

Im Folgenden geht er kurz auf die bisherige Praxis ein. Danach gingen die Behörden nach Anzeigeerstattung dem jeweils angezeigten Fall nach. Er äußert in diesem Zusammenhang auch die Befürchtung, dass sich möglicherweise ein Verband eine Art Selbstbegründung su-

che. Dies würde sicherlich nicht dem Tierschutz dienen. Im Übrigen spreche er sich immer dafür aus, Anreize zu setzen, sodass die Landwirtschaft möglichst richtig handele.

Der Vorsitzende meint, dass die Landwirtschaft sicher keine Angst vor der Einführung eines Verbandsklagerechtes habe; Tiere würden in der Landwirtschaft in Schleswig-Holstein ordentlich und artgerecht gehalten. Jeder Landwirt wisse um die Konsequenzen, wenn er die entsprechenden Auflagen zur Erfüllung artgerechter Tierhaltung nicht erfülle. Allerdings würde mit der Schaffung eines derartigen Rechtes weitere Bürokratie aufgebaut. Dagegen spreche er sich aus. Er habe in seinem Berufsleben noch keinen Fall erlebt, bei dem ein Landwirt wegen Missbrauchs betroffen gewesen wäre. Er kenne jedoch andere Fälle. In diesen hätte das Verbandsklagerecht nicht gegriffen.

Abg. Matthiessen hält die Argumentation von Abg. Rickers für ein Plädoyer dafür, dass bei der Einführung eines Verbandsklagerechtes nichts zu befürchten sei. Auch einen bürokratischen Mehraufwand vermag er kaum zu sehen. Nach dem Gesetzentwurf sei eine routinemäßige Beteiligung der Verbände bei Genehmigungen vorgesehen. Davon würde ein Antragsteller zunächst einmal nichts merken.

Er verspreche sich von der Einführung dieses Rechts zwar nicht einen gigantischen Durchbruch für den Tierschutz; aber damit würde ein Zeichen gesetzt werden.

Er meint ferner, die CDU spreche sich häufig gegen die Einführung von Standards aus. Es zeige sich in der Praxis aber, dass die Erhöhung von Standards zur Steigerung der Produktqualität beitrage. In diesem Zusammenhang weist er auf die aktuelle Werbung verschiedener Einzelhändler mit Qualitätsstandards hin. Vor diesem Hintergrund sei der Gesetzentwurf nicht wirtschaftsfeindlich, sondern eher wirtschaftsfreundlich.

Abg. Todsens-Reese hält es eher für geboten, dafür zu sorgen, dass es keinen Missbrauch gebe. Notwendig dafür seien keine neuen Gesetze oder Vorgaben. Dort, wo es Missbrauch gebe, sollte mit aller Härte dagegen vorgegangen werden.

Abg. Dr. von Abercron geht auf das von Abg. Matthiessen genannte Beispiel der Werbung mit Qualitätsstandards beim Einzelhandel ein und merkt dazu an, dies sei ein hervorragendes Beispiel für freiwillige Vereinbarungen.

Abg. Hildebrand führt an, bereits jetzt sei in der Bevölkerung eine Sensibilisierung im Bereich des Tierschutzes zu erkennen sei; das sei festzumachen an der erhöhten Zahl von Anzeigen.

Abg. Rickers sieht in der Einführung eines Verbandsklagerechtes keinen Standortvorteil und verweist auf die in den letzten Jahren eingeführten Qualitätsprogramme im Rahmen der Landwirtschaft. Diese weiterhin zu verfolgen, halte er für sinnvoller, als sich - wie der Handel das häufig tue - nach dem öffentlichen Trend zu richten.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag mit den Stimmen von CDU und FDP gegen die Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, DIE LINKE und SSW, den Gesetzentwurf abzulehnen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

Freiwilliges Ökologisches Jahr (FÖJ) in Schleswig-Holstein vollständig erhalten

Antrag der Fraktion der SPD
Drucksache 17/128

Änderungsantrag der Fraktion DIE LINKE
Drucksache 17/216

(überwiesen am 28. Januar 2010 an den Umwelt- und Agrarausschuss)

- Verfahrensfragen -

Der Ausschuss beschließt einstimmig, in seiner Sitzung am 3. März 2010 Vertreter der beiden Trägerverbände sowie Ministerin Dr. Rumpf zu hören.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Bericht der Landesregierung über die Grundwasserentnahmeabgabe
(GruWAG)**

Bericht der Landesregierung
Drucksache 17/172

(überwiesen am 29. Januar 2010 an den Umwelt- und Agrarausschuss zur abschließenden Beratung)

Der Ausschuss nimmt den Bericht der Landesregierung abschließend zur Kenntnis.

Punkt 6 der Tagesordnung:

Verschiedenes

Der Ausschuss verständigt sich darauf, am Mittwoch, dem 24. Februar 2010, 13:15 Uhr, eine Beratungssitzung zum Thema Landeswassergesetz durchzuführen.

Der Vorsitzende gibt bekannt, dass für die Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Landtages Fotos der Ausschüsse in der aktuellen Besetzung benötigt würden. Als Termin dafür legt der Ausschuss den 3. März 2010 - zu Beginn der Ausschusssitzung - fest.

Der Vorsitzende, Abg. Klinckhamer, schließt die Sitzung um 15:35 Uhr.

gez. Klaus Klinckhamer
Vorsitzender

gez. Petra Tschanter
Geschäfts- und Protokollführerin